

»Bring back jobs«



General Motors (G.M.) hat angekündigt in den USA und Kanada insgesamt fünf Werke still zu legen und ca. 15.000 Arbeitsplätze abzubauen, ca. 10% der G.M.-Beschäftigten in Nordamerika. Dies ist natürlich ein Schlag ins Gesicht von Präsident Donald Trump, der mit seiner protektionistischen Industriepolitik neue Arbeitsplätze in den amerikanischen Autofabriken schaffen wollte.

Der Präsident wirft General Motors enorme Undankbarkeit vor, da die amerikanische Regierung die Firma in der Krise 2009 schließlich vor dem Bankrott gerettet habe. Trump selbst hatte im Wahlkampf den Automobilarbeitern versprochen: »Wenn ich gewählt werde, werdet ihr kein Werk verlieren, ihr werdet sehen, dass die Werke ins Land zurück kommen, ihr werdet wieder Jobs haben, das verspreche ich.«[1] Daraufhin wählten ihn bis zu 40% der Beschäftigten in den Automobilregionen im Norden der USA.

Diese Versprechen kann Trump nicht mehr einhalten. Im Oktober 2018 arbeiteten in den USA ca. 970.000 Beschäftigte für die Automobilhersteller, das ist ein Anstieg um 12.800 Personen seit Trump ins Amt kam. Dieser leichte Zuwachs fand vor allem im Bereich der Fertigung von Wohnmobilen, Anhängern und Zulieferteilen statt. Seit der großen Krise sind in der amerikanischen Automobilindustrie 350.000 Jobs entstanden. Die Vorkrisen-Beschäftigung ist damit aber noch lange nicht erreicht.[2]

Die klassischen Hersteller wie Ford und G.M. haben jedoch seit einiger Zeit massive Sparprogramme aufgelegt. G.M. möchte durch den Personalabbau in den Verwaltungsebenen sowie durch den Abbau von Produktionsarbeitern jährlich sechs Mrd. US-Dollar einsparen. Ford hatte bereits früher mit Personaleinsparungen begonnen.

Dies sind klare Anzeichen dafür, dass der amerikanische Automarkt ermüdet, seit September 2017 sind die Zulassungen um eine Million Fahrzeuge zurück gegangen. Die Indikatoren für die Industrieproduktion haben ihren Höhepunkt erreicht und es ist sehr unwahrscheinlich, dass sie in der kürzeren Frist wieder steigen werden.

Hinzu kommt, dass es aufgrund der niedrigen Ölpreise eine Verschiebung der Nachfrage hin zu großen Trucks und SUVs gegeben hat. Die betroffenen Werke stellen aber alle klassische Personenkraftwagen her. Dies betrifft auch die Kompakt-PKW's mit Hybrid- oder Elektroantrieb, die G.M. in Detroit herstellt (Chevrolet Volt und Cruze). Der Nachfragerückgang nach diesen Kompaktwagen ist sehr deutlich – die Produktion des Chevy Cruze ging von 248.000 Einheiten im Jahr 2013 auf 180.000 Einheiten im Jahr 2017 zurück.

Die durch die Trumpsche Handelspolitik in Gang gesetzten Strafzölle auf Rohmaterialien, insbesondere Stahl und Aluminium, haben die Produktionskosten der Autohersteller in die Höhe getrieben, auch die Preise für inländischen Stahl sind gestiegen. Steigende Zinsen kommen hinzu. Ford gab bekannt, dass durch die steigenden Rohmaterialpreise eine Milliarde US-Dollar zusätzliche Kosten verkraftet werden mussten.

Das mit Mexiko und Kanada neu verhandelte Nordamerikanische Handelsabkommen wird nach Einschätzung von Beobachtern nur sehr bescheidene Auswirkungen auf die Errichtung neuer Werke in den USA und damit auf die amerikanischen Arbeitsplätze haben. Die gegenüber den europäischen Herstellern angedrohten Strafzölle sind nach wie vor nicht vom Tisch. Die deutschen Hersteller waren bereits auf einen Versöhnungskurs eingeschwenkt und wollten über neue Produktionsstätten in den USA verhandeln.

Angesichts der Drohungen von Trump gegenüber G.M., Förderhilfen zu kürzen oder Rückzahlungen von Staatshilfen zu verlangen, dürften die angekündigten Gespräche mit den deutschen Herstellern kaum stattfinden. Stattdessen könnte es in der Frage der Strafzölle zu einer Eskalation kommen.

Den Einsparungen, die G.M. durch die Werksschließungen und den Personalabbau erzielen will, stehen andererseits enorme Ausgaben und Investitionen für eine zukünftige Veränderung der automobilen Welt entgegen. G-M. investiert viel in den Bereichen autonomes Fahren, Elektroantriebe und Vernetzung von Fahrzeugen. Das Geld für diese Zukunftsinvestitionen muss über die Profitabilität des bisherigen Geschäfts erwirtschaftet werden.

Ob diese Wette auf die Zukunft aufgeht, ist unsicher und wahrscheinlich werden wir im Autoland Deutschland bald vor ähnlichen Problemen stehen.

[1] Zitiert nach The Washington Post vom 26.11.2018

[2] The New York Times vom 26.11. 2018

Quelle: https://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/bring-back-jobs/